

Vierter Abschnitt. — Quatrième section.

Staatsverträge der Schweiz mit dem Ausland.

Traités de la Suisse avec l'étranger.

I. Staatsverträge

über civilrechtliche Verhältnisse. — Traités
concernant les rapports de droit civil.

Vertrag mit Frankreich vom 15. Juni 1869.

Traité avec la France du 15 juin 1869.

Bergl. Nr. 50, Arrêt du 11 juillet 1900 dans la cause
Picot et consort contre Redard & C^o.

II. Auslieferung. — Extradition.

Vertrag mit Deutschland. — Traité avec l'Allemagne.

60. Urteil vom 12. Juli 1900 in Sachen Werner.

*Stellung des Bundesgerichtes bei Auslieferungsbegehren. Art. 1 Ziff. 8
des oben citierten Vertrages; fällt unter «Notzucht» im Sinne dieser
Bestimmung auch die sog. Schändung (gemäss Art. 176 Ziff. 2
deutsches Strafgesetzbuch). Art. 1 Abs. 4 B.-G. betreffend Auslieferung
vom 22. Januar 1892.*

A. Gestützt auf einen Haftbefehl des Großherzoglich-Badischen
Amtsgerichtes vom 24. Juni 1900, durch welchen der badische
Staatsangehörige Karl Adolf Werner beschuldigt wird, innerhalb
der letzten zwei Jahre an unbestimmbaren Tagen wiederholt zu

Baden und Umgebung eine geistesfranke Frauensperson, nämlich
die am 17. September 1866 zu Darmstadt geborene, ledige
Emilie L. zum außerehelichen Beischlaf mißbraucht zu haben
(Verbrechen nach § 176 Ziff. 2 deutsches Reichsstrafgesetzbuch),
hat die kaiserlich-deutsche Gesandtschaft in Bern beim schweizeri-
schen Bundesrate mit Note vom 2. Juli 1900 um Bewilligung
der Auslieferung des (am 23. Juni in Luzern auf Requisition
der großherzoglich badischen Staatsanwaltschaft verhafteten) vor-
genannten Werner nachgesucht, und zwar in Gemäßheit des
Art. 1 Ziff. 8 des Auslieferungsvertrages zwischen der Schweiz
und Deutschland. Die requirierende Behörde bemerkt in ihrem
Gesuche, die dem Verfolgten zur Last gelegte Handlung stelle sich
zwar nicht eigentlich als Notzucht im Sinne des § 177 des
Strafgesetzbuches dar, sondern sie erfülle den Thatbestand eines
besondern, in § 176 Ziff. 2 eodem vorgesehenen Verbrechens.
Allein da die kaiserlich-deutsche Regierung, wie auch der schwei-
zerische Bundesrat bisher stets davon ausgegangen seien, daß der
Begriff der Notzucht im Sinne des deutsch-schweizerischen Aus-
lieferungsvertrages nicht auf die Notzucht im engeren Sinne zu
beschränken sei, sondern auch andere auf Beischlaf gerichtete
Sittlichkeitsverbrechen umfasse, stehe wohl der Bewilligung der
Auslieferung nichts entgegen.

B. Der Angeeschuldigte hat sich der Auslieferung widersetzt,
indem er die ihm zur Last gelegte Handlung bestreitet, und ins-
besondere behauptet, die E. L. sei geistig völlig normal, wofür er
sich auf einen Bericht des Amtsarztes der Stadt Luzern und
dessen Stellvertreters, d. d. 30. Juni 1900, stützt.

C. Die schweizerische Bundesanwaltschaft führt in ihrer Ein-
gabe an das Bundesgericht aus: Der Hinweis der requirierenden
Behörde auf die in der Praxis befolgte Ausdehnung des Begriffs
der Notzucht im schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrage sei
zwar richtig, aber nur in einem bestimmten beschränkten Um-
fange, nämlich nur insofern, als auch der Mißbrauch von Kin-
dern zu Beischlafversuchen darunter falle (Entsch. d. Bundesge-
richtes vom 5. März 1886 in Sachen Straßburger, Amtl.
Samml., Bd. XII, S. 136 ff., und vom 30. April 1891 i. S.
Wittig, Amtl. Samml., Bd. XVIII, S. 181 ff.). Allein es gehe
nicht an, diese Ausdehnung, die aus bestimmten Gründen erfolgt

sei, ohne besondere Veranlassung durch bloße Vertragsauslegung auch auf den Beischlaf mit geisteskranken Frauenspersonen zu erstrecken; denn diese Handlung bilde fast überall, und so gerade auch im deutschen Reichsstrafgesetzbuch, wie auch im luzernischen Kriminalgesetzbuche, § 189 Ziff. 6, den Thatbestand eines besondern Verbrechens, der sogenannten Schändung. Gemäß Art. 3 Ziff. 12 des schweizerischen Auslieferungsgesetzes vom 22. Januar 1892 sei übrigens die Möglichkeit gegeben, Ausländer, die sich in ihrem Heimatstaate der Schändung geistesgestörter Personen schuldig gemacht haben, auszuliefern. Wenn nun aber vorliegend die kaiserlich-deutsche Gesandtschaft ihr Auslieferungsbegehren nicht auf dieses Gesetz, sondern nur auf den schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrag stütze, so könne demselben nicht entsprochen werden. Die Bundesanwaltschaft beantragt daher, das Auslieferungsbegehren sei abzulehnen.

D. Der Angeschuldigte wiederholt in einer Eingabe vom 6. Juli 1900 sein Begehren um Abweisung des Auslieferungsgesuches, und ersucht zudem um Anordnung seiner sofortigen provisorischen Freilassung. Die Ausführungen des Angeschuldigten gehen im wesentlichen dahin, darzulegen, daß er die ihm zur Last gelegte Handlung nicht begangen habe und daß insbesondere die Emilie L., mit der er seit 2 $\frac{1}{2}$ Jahren verlobt sei, nicht geistesgestört sei; er stellt eine ganze Reihe von Beweisangeboten hiefür.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Nach der dem Bundesgerichte bei Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten eingeräumten Stellung hat es nur zu prüfen, ob die Formvorschriften gewahrt seien, ob ein Auslieferungsdelikt vorliege, oder ob sonst wie eine auf das Auslieferungsgesetz vom 22. Januar 1892, auf den Staatsvertrag oder auf eine Gegenrechtserklärung des Bundesrates gestützte Einsprache begründet sei; dagegen untersteht die Schulfrage seiner Beurteilung nicht. Auf die vom Requirierten vorliegend gestellten Beweisangebote ist somit nicht einzutreten.

2. Die Entscheidung über das vorliegende Auslieferungsbegehren hängt daher einzig davon ab, ob die dem Requirierten zur Last gelegte Handlung unter den vom requirierenden Staate angerufenen Art. 1 Ziff. 8 des Auslieferungsvertrages zwischen

der Schweiz und dem deutschen Reiche vom 24. Januar 1874, d. h. unter den Begriff der Notzucht, falle. Allerdings kann der Bundesrat gemäß Art. 1 Abs. 4 des Auslieferungsgesetzes vom 22. Januar 1892 die Auslieferung auch wegen einer im Vertrage nicht vorgesehenen strafbaren Handlung bewilligen, sofern sie nach diesem Gesetze statthaft ist; da jedoch vorliegend das Auslieferungsbegehren ausschließlich auf den Staatsvertrag gestützt wird, und eine Erklärung des Bundesrates, daß er die Auslieferung eventuell auch gestützt auf das Auslieferungsgesetz zu bewilligen beabsichtige, nicht vorliegt, so ist vom Bundesgericht einzig zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Auslieferung nach dem erwähnten Staatsvertrage gegeben seien.

3. In den in der Eingabe der Bundesanwaltschaft angeführten Fällen hatte nun das Bundesgericht entschieden, daß unter „Notzucht“ im Sinne des schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrages nicht nur die Notzucht im engeren Sinne, das stuprum violentum, sondern auch der (vollendete oder versuchte) Mißbrauch unreifer Mädchen zum Beischlaf falle. Allein um Mißbrauch unreifer Mädchen zum Beischlaffe handelt es sich in casu nicht, sondern vielmehr um behaupteten Mißbrauch einer angeblich geisteskranken Frauensperson zum Beischlaffe, und dieses Delikt kann nun unter dem Begriffe der Notzucht im Sinne des Staatsvertrages nicht als mitbegriffen erachtet werden. Nach dem deutschen Reichsstrafgesetzbuche (in § 177 einerseits, § 176 Ziff. 2 andererseits) sowie den meisten schweizerischen Strafgesetzbüchern, u. a. auch dem luzernischen Strafgesetzbuch (§ 188 einerseits, § 189 litt. a andererseits) wird dasselbe als ein selbständiges, von der Notzucht verschiedenes Verbrechen der Schändung behandelt (vgl. auch den Vorentwurf zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch nach den Beschlüssen der Expertenkommission, Art. 108, vgl. mit Art. 110 und 111). Es ist daher anzunehmen, daß die Kontrahenten des Auslieferungsvertrages, wenn sie wegen dieses Thatbestandes die Auslieferungspflicht hätten statuieren wollen, dies ausdrücklich gesagt, die Schändung neben der Notzucht als Auslieferungsdelikt ausdrücklich genannt hätten. Zwingende Gründe, den Auslieferungsvertrag in dieser Richtung ausdehnend zu interpretieren, liegen nicht vor, zumal

nach dem Auslieferungsgesetze vom 22. Januar 1892 die Auslieferung wegen Schändung vom Bundesrate auch ohne staatsvertragliche Verpflichtung, nach Prüfung der Sachlage, mit und sogar ohne Vorbehalt des Gegengewichtes gewährt werden kann.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die nachgesuchte Auslieferung des Karl Adolf Werner wird nicht bewilligt.

2. Vertrag mit Italien. — Traité avec l'Italie.

61. Arrêt du 13 septembre 1900, dans la cause Signori.

Extradition demandée en partie en vertu d'une condamnation pour abus de confiance et pour escroquerie, en partie en vertu d'un mandat pour faux répétés et escroquerie. Art. 2, ch. 8 et 12 traité italo-suisse. — Montant des sommes extorquées.

Le sieur Signori, Signorio, ressortissant italien, précédemment domicilié à Milan, actuellement détenu à Lugano (Tessin), se disant ingénieur, a été arrêté le 16 juillet 1900 à la requête du délégué italien de la sûreté publique à Chiasso, par l'autorité de police tessinoise, le prêtre fonctionnaire de la police italienne déclarant que Signori avait été condamné par les tribunaux pénaux en Italie pour escroquerie et abus de confiance, et qu'un mandat d'arrêt avait en outre été décerné contre lui par le parquet royal de Milan pour escroquerie, ainsi que pour falsification d'effets de change et de documents privés.

Le 20 juillet 1900, la Légation d'Italie en Suisse a adressé au Conseil fédéral une requête tendant à obtenir l'extradition de Signori à l'Italie, en se fondant sur deux mandats d'arrêt décernés contre lui, et sur l'art. 2, chiffres 8° et 12° de la Convention entre la Suisse et l'Italie sur l'extradition réciproque de malfaiteurs et prévenus, du 22 juillet 1868.

Les dits mandats d'arrêt émanent, l'un, daté du 12 mars

1900, du parquet royal de Milan, et l'autre, daté du 2 juillet 1900, du juge d'instruction près le tribunal pénal du même lieu.

Le premier de ces mandats d'arrêt se fonde sur un jugement du 6 juillet 1899, par lequel le Tribunal pénal de Milan a condamné Signori à 27 mois de prison et à 660 fr. d'amende, jugement confirmé par arrêt de la Cour d'appel de Milan du 22 décembre suivant. Cette condamnation a été prononcée :

a) — pour abus de confiance qualifié (*appropriazione indebita qualificata*) commise, au moyen d'actes répétés, dans le courant de l'année 1896, et portant sur un montant approximatif de 700 fr. ;

b) — pour escroquerie du montant de 250 fr., commise le 30 septembre 1896 ;

c) — pour abus de confiance simple, commis après le mois de novembre 1897, et portant sur une somme d'environ 100 fr.

Les dispositions du Code pénal italien du 30 juin 1889, entré en vigueur le 1^{er} janvier 1890, visées par la prédite sentence, sont les art. 79, 417, 419, 413, lesquels ont trait aux délits répétés, soit continués, à l'abus de confiance simple et qualifié, et à l'escroquerie et fraude. En revanche le mandat d'arrêt en question ne fait pas mention de l'usurpation du titre d'ingénieur, délit pour lequel Signori a été également condamné, et frappé d'une amende de 50 fr. par ce même jugement.

Le second mandat d'arrêt concerne les délits suivants, relevés à la charge de Signori :

a) — faux répété en écriture publique, dans le sens des art. 79, 278 et 284 du CP. italien ;

b) — escroquerie répétée dans le sens des art. 79 et 280 du même Code ;

c) — faux répété, dans le sens des art. 79 et 280 du même Code.

Tous les actes criminels ou délictueux mentionnés dans le second mandat d'arrêt, et relevés à la charge de Signori,